

(Vizepräsident Jan Söffing)

(A) gesordnungspunkt liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur **Abstimmung**, und zwar über die **Beschlussempfehlung** des Ausschusses für Haushaltskontrolle - das sind die **Drucksachen 13/1214 und 13/1242** - zur Haushaltsrechnung und zum Jahresbericht des Landesrechnungshofes.

In **Nr. 1** seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Ausschuss für Haushaltskontrolle, die von ihm festgestellten Sachverhalte, die Beschlüsse über einzuleitende Maßnahmen und die dafür gesetzten Termine sowie die ausgesprochenen Missbilligungen gemäß § 114 der Landeshaushaltsordnung zu bestätigen. Ich darf um Handzeichen bitten, wer der Nr. 1 zustimmt. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist die Nr. 1 der Beschlussempfehlung Drucksache 13/1214 einstimmig **angenommen**.

(B) In **Nr. 2** seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Ausschuss, der Landesregierung für die Haushaltsrechnung 1998 Drucksache 13/14 im Zusammenhang mit dem Jahresbericht 2000 des Landesrechnungshofs über das Ergebnis der Prüfungen im Geschäftsjahr 1999 Drucksache 13/15 gemäß § 114 der Landeshaushaltsordnung in Verbindung mit Artikel 86 der Landesverfassung Entlastung zu erteilen. Ich darf um Handzeichen bitten, wer zustimmt. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist **Nr. 2 angenommen** und der Landesregierung für die Haushaltsrechnung 1998 mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimme der CDU bei Enthaltung der FDP gemäß § 114 LHO Entlastung erteilt worden.

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zu:

12 Gesetz zur Anpassung des Landesrechts an den Euro in Nordrhein-Westfalen (Euro-AnpG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/1246

erste Lesung

(C) Hier haben sich die Fraktionen darauf geeinigt, die Überweisung des Gesetzentwurfs an den Haushalts- und Finanzausschuss ohne Beratung direkt abzustimmen.

(Heinz Hardt [CDU]: Der muss doch eingebracht werden! Das geht so nicht, Herr Präsident! Das ist formal nicht richtig!)

- Gut, dass Sie mich darauf hinweisen.

Das Gesetz muss zunächst von Herrn Minister Dieckmann **eingebracht** werden. Herr Minister, bitte schön.

Jochen Dieckmann, Justizminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der 1. Januar 2002 als entscheidender Zeitpunkt der Euro-Einführung steht bevor. Wir brauchten keine Umrechnung der Beträge in den Rechtsvorschriften des Landes, weil das europäische Recht dieses bereits festgelegt hat. Es kann aber notwendig sein, umzurechnen, wenn die Gesetzesanwendung erschwert wird, wenn es krumme Beträge gibt, wenn sich nach dem Komma Erweiterungen ergeben. In diesen Fällen brauchen wir geglättete Beiträge. Wir wollen deshalb in einem einheitlichen Gesetzentwurf - im Interesse der Bürgerfreundlichkeit, aber auch wegen der Arbeitsökonomie - möglichst umfassend die Gesetze des Landes an den Euro anpassen. Rechtsverordnungen sind insoweit erfasst, als man das derzeit vorbereiten kann.

(D) Wir haben die Euro-Anpassung darüber hinaus zum Anlass genommen, auch redaktionelle Änderungen in Landesgesetzen und Verordnungen vorzunehmen, wenn dies erforderlich war. Dies gilt insbesondere für die geänderten Behördenbezeichnungen nach der Verwaltungsmodernisierung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Minister.

Wir kommen zur **Abstimmung** über die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 13/1246** an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Wer

(Vizepräsident Jan Söffing)

(A) stimmt der Überweisung zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig **angenommen**.

(C)

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende unserer heutigen Sitzung. Ich berufe das Plenum für morgen früh um 10 Uhr wieder ein und wünsche Ihnen allen einen angenehmen Abend und eine gute Heimfahrt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18.09 Uhr

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 105 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.

(B)

(D)